

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	55
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	708/2022
		GZ:	OBM
Sitzungstermin:	25.11.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Haupt / th		
Betreff:	Ausgestaltung des Bürgerrats Klima		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 14.11.2022, GRDRs 708/2022, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat stimmt der Durchführung des Bürgerrats Klima auf Grundlage der Anlagen 1 (Beteiligungskonzept) und 2 (Grundsätze für den Bürgerrat Klima Stuttgart) zu.
2. Der Bürgerrat Klima soll sich intensiv mit den folgenden Fragestellungen beschäftigen. Diese sind in der Verwaltung wie in Ziffer 4) der Begründung beschrieben vorzubereiten:
 - a. Welche Schritte soll Stuttgart unternehmen, um eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen?
 - b. Welche Maßnahmen sollen im Bereich der Mobilität umgesetzt und wie soll unser Straßenraum gestaltet werden?
3. Die Zufallsauswahl wird nach dem in Anlage 3 (Regelungen für die Zufallsauswahl) beschriebenen Verfahren durchgeführt.
4. Die mit GRDRs. 1246/2021 für den Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis 31. Juli 2023 befristet geschaffene Ermächtigung (060.0010.300, 1,0 VZK in EG 13 TVöD) im

Grundsatzreferat Klimaschutz, Mobilität und Wohnen (ehemals: Referat Strategische Planung und Nachhaltige Mobilität), wird bis zum 31. Januar 2024 verlängert.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

BM Thürnau betont, zu diesem Tagesordnungspunkt (TOP) werde der ebenso vor der Sitzung ausgeteilte CDU-Antrag Nr. 367/2022 aufgerufen. Dieser Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Auf Frage von Herrn Kohlmeyer (S/OB-Klimaschutz), ob dem Gremium zu diesem Thema die am Vortag verschickte Präsentation gezeigt werden soll, oder ob darauf aufgrund der umfassenden Tagesordnung (TOP) verzichtet werden soll, betont StRin Munk (90/GRÜNE), aus Sicht ihrer Fraktion könne direkt in die Diskussion eingestiegen werden. Dagegen wird kein Widerspruch geäußert.

StRin Munk betont, die vorherige Zusendung der Präsentation sei für die Sitzungseffektivität und die Vorbereitung sehr gut gewesen. Es handle sich um eine gut nachvollziehbare Präsentation und die wesentlichen Punkte seien sehr gut verständlich aufbereitet gewesen. Das Thema sei komplex und werde in verschiedenen Gremien behandelt. Es liege ein Antrag zu diesem TOP mit einer konkreten Fragestellung vor. Dennoch wolle sie zunächst auf einen anderen Punkt eingehen: Ihre Fraktion sei dankbar, dass durch eine Initiative erreicht werden konnte, in einen Dialog mit der Bürgerschaft einzutreten und Rat einholen zu können. Aufgrund der gewählten Zufallsauswahl handle es sich um ein sehr gut aufgestelltes Verfahren. Dies sei der richtige Weg, sich mit dem die gesamte Stadtgesellschaft betreffenden Thema auseinanderzusetzen. Über die bedauerliche, aber nachvollziehbare Verzögerung der Einrichtung des Bürgerrats Klima sei bereits diskutiert worden. Nun gehe es darum, den Beteiligungsprozess zu beginnen. Ein wesentlicher Teil seien im Rückblick auf die Diskussion in der Klausur des Gemeinderats zwei Punkte:

Auf der letzten Folie der Präsentation (Folie 16) werde die Verteilung der Altersklassen aufgeführt. Dieser Aspekt beschäftige sie intensiv, da es um das Thema des zukünftigen Klimaschutzes gehe und diese Thematik die Jugendlichen überproportional betreffe. Sie erkundigt sich, ob nicht ein höherer Prozentanteil der 0-18-jährigen Teilnehmer*innen, die vertreten seien durch die 16-18-jährigen, aufgenommen werden solle. Ein weiterer Punkt beziehe sich auf die Formulierung der Fragestellung. Hierzu habe die CDU-Fraktion in dem vorliegenden Antrag einen Formulierungsvorschlag präsentiert. In der Klausurtagung sei der Aspekt heftig diskutiert worden, wie mit der Mobilität in der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) umgegangen werden solle. Die bis dato in der Vorlage 708/2022 vorliegende Fassung unter Ziffer 2b laute: "Welche Maßnahmen sollen im Bereich der Mobilität umgesetzt werden und wie soll unser Straßenraum gestaltet werden?". Diese Themen hingen zwar unweigerlich zusammen (z. B. Flächen für Bäume und Mobilität Fußverkehr, Radverkehr, Car-Sharing usw.), dennoch enthalte die Formulierung ein gewisses Maß an Diskussionspotential. Die CDU-Fraktion schlage in ihrem Antrag nun folgende Formulierung vor: "Welche Schritte soll Stuttgart unternehmen, um eine klimaneutrale Mobilität zu erreichen?" Mit diesem ersten Satz in Analogie zur Formulierung der Fragestellung unter Ziffer 2.a der Vorlage 708/2022 sei ihre Fraktion einverstanden, so die Stadträtin. Als Kompromissvorschlag des Entgegenkommens sehe ihre Fraktion folgenden zusätzlichen Satz vor: "Welche Auswirkungen hat die Mo-

bilität auf den Straßenraum?". Diese Formulierung beinhaltet eine neutralere, offenere Fragestellung als die ursprüngliche Fragestellung der Vorlage.

StR Sakkaros (CDU) betont, der Bürgerrat Klima stelle ein wichtiges Thema dar. Die von StRin Munk vorgeschlagene Erhöhung des Prozentanteils der 0-18-jährigen Teilnehmer*innen könne er in gewisser Weise nachvollziehen, da sich diese Gruppe mit dem Thema Klimaschutz längerfristig beschäftigen werde, als etwa die Gruppe der Rentner. Allerdings müsse berücksichtigt werden, dass das Thema über alle Bevölkerungsgruppen hinweg fair behandelt werde. Seine Fraktion werde über den Vorschlag von StRin Munk beraten. Den Kompromissvorschlag von StRin Munk zu Ziffer 2.b der Vorlage werde seine Fraktion annehmen und hoffe, hierfür eine große Mehrheit zu finden. Er sei sich sicher, dass der technologische Fortschritt im Automobilsektor einen Lösungsweg darstelle, emissionsfrei zu werden. Anderer Sektoren wie der Fleisch-, Wärme- oder Energiebereich seien von größerer Bedeutung und hier gebe es keine derartigen Lösungen. Seine Fraktion habe sich schwergetan, den Straßenraum lediglich mit der Abschaffung von Parkplätzen umzugestalten. Bei der Auflistung der zu bearbeitenden Themen fehle beispielsweise der Aspekt, wie sich der Bürgerrat in Bezug auf das Rosensteinviertel verhalten werde. Im Bezirksbeirat Nord und im Bezirksbeirat Ost hätten sich die Ansichten der einzelnen Bezirksbeiräte über die zukünftige Verkehrsgestaltung gezeigt. In Straßburg seien beispielweise Stellflächen mit einem Stellplatzschlüssel von 0,65 bis 0,7 geschaffen worden. Dort würden Parkhäuser mit 4 bis 5 Stockwerken erbaut. Falls der Bedarf wegfalle, könnten die Parkhäuser wieder zurückgebaut werden. Es sei eine sinnvolle Herangehensweise, allen Bürgern - auch denjenigen, die ein Fahrzeug benötigten - die Möglichkeit des Zuziehens in ein Quartier zu bieten. In Stuttgart führe ein Stellplatzschlüssel von 0,1 zu keinen greifbaren Ergebnissen.

Für ihre Fraktion sei ein gutes Ergebnis des Bürgerrats Klima wichtig, mit dem alle Fraktionen zufrieden sein könnten, so StRin Schanbacher (SPD). Das Gremium solle sich darin einig sein, welche Fragestellung formuliert werden solle und hierzu solle ein Kompromiss gefunden werden. Unter Ziffer 2.b der Vorlage sei wie folgt formuliert: "Welche Schritte soll Stuttgart unternehmen, um eine klimaneutrale Mobilität zu erreichen?" Dieser Satz sei analog zur Wärme formuliert worden, wogegen nichts einzuwenden sei. Die Gestaltung des Straßenraums und die Frage nach der Verteilung der Verkehrsfläche werde in jedem Fall ein Thema darstellen. Den Kompromissvorschlag der Fraktion 90/GRÜNE bezeichne die Stadträtin als sehr gut. Falls sich die CDU-Fraktion anschließen könne, bestünde eine gute Formulierung, um den Bürgerrat Klima auf den Weg zu bringen. In Bezug auf die von StRin Munk angesprochene Altersverteilung erkundigt sich die Stadträtin, welche Nachbesserungen hierbei vorgenommen worden seien.

StR Rockenbauch (Die FRAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, was lange währt, währt endlich gut. Er habe sich dafür eingesetzt, dass der Bürgerrat bereits vor den letzten Doppelhaushaltsplanberatungen eingesetzt worden wäre. Die methodische akribische Herangehensweise sowie die Recherchen und die Gespräche der Verwaltung hätten sich ausgezahlt. Dies betreffe ebenso das Engagement für das Verfahren und die Aufarbeitung sowie die Präsentation. Es sei wichtig, das Verfahren in einer breiten Stadtgesellschaft transparent und nachvollziehbar darzustellen. Zudem sei die Einbeziehung einer leichten Sprache begrüßenswert, um alle Zielgruppen zu erreichen. Die Auffassung, bei den Themen beieinander zu sein, stelle einen großen Fehler dar und sei wenig hilfreich für die Bürgerschaft. Die Appelle an Gemeinsamkeiten per se seien in Zeiten einer Spaltung der Gesellschaft völlig nachvollziehbar. Schlussendlich

müsse allerdings das Ergebnis stimmen. Mit dem Bürgerrat bestehe die historische Chance, sich nicht hinter abstrakten Begriffen wie klimaneutrale Mobilität und technologischer Wandel zu verstecken. Die Mitglieder*innen des Bürgerrats seien Experten und ließen sich fortbilden und beraten und unterstützten den Gemeinderat. Es müsse der Mut aufgebracht werden, Konfliktthemen an diese Stelle zu delegieren und nicht bereits im Vorfeld auszuräumen. Je konkreter diese Konfliktfelder benannt würden, desto substanzieller sei dies für die Diskussionen im Gemeinderat. Am Ende müsse entschieden werden, ob die Stadt gefährlich (wörtlich: tödlich?) für Radfahrer*innen und Kinder sowie gesundheits- und klimaschädlich sein solle, oder ob die Stadt Raum für die Klimaanpassung und den Umweltverbund sowie für den Fuß- und Radverkehr schaffe und die Aufenthaltsqualität fördere. Besonders im verdichteten Talkessel könnten keine breiten Wegverbindungen für Radfahrer*innen, Fußgänger*innen und Dreiräder angelegt werden. Vielmehr müsse schlussendlich ein Bekenntnis erfolgen, für welche Gruppen eine Raumgestaltung vorgenommen werden solle. Auf einem Standort könne nicht gleichzeitig ein Parkplatz und ein Baum geschaffen werden und daher müsse vor dem Hintergrund der Schwammstadt und der Klimaanpassung eine Entscheidung erfolgen. Die Stadt sei über viele Jahre hinweg derart "knallhart strukturell" für den Autoverkehr ausgerichtet worden, dass in der heutigen Zeit zahlreiche enorme Probleme bestünden, so StR Rockenbauch. Er könne die von der CDU vorgeschlagenen Formulierung der Fragestellung hinsichtlich einer klimaneutralen Mobilität nachvollziehen. StR Rockenbauch schlägt folgende Formulierung vor: "Welche Schritte soll Stuttgart unternehmen, um eine klimaneutrale und klimaangepasste Stadt im Bereich der Mobilität zu erreichen? Welchen Beitrag soll dazu die Gestaltung und Umverteilung des Straßenraumes dazu leisten?"

An StR Sakkaros gewandt betont StR Ozasek (PULS), dass keine Fraktion hetze und dass keine Hetzer bestünden. Vielmehr ringe man politisch um Zukunftsbilder in der Stadt. Dies sei Aufgabe des Gemeinderats und er sei zu diesem Zweck gewählt worden. Despektierlich den anderen in der Form abzuqualifizieren, wie von StR Sakkaros getan, sei definitiv inakzeptabel. Es müsse um Zukunftsbilder in der Art gerungen werden, ob hierbei das Ziel die Städte Paris oder Barcelona seien, oder ob die Autostadt Stuttgart beibehalten werden solle. Die Konflikte und Zukunftsbilder könnten im Gemeinderat nicht aufgelöst werden. Er sehe seit Jahren keinen Ansatz, einen Verkehrsfrieden oder Mobilitätsfrieden herzustellen. Daher bediene sich der Gemeinderat nun eines sehr innovativen Ansatzes und berufe einen Klimarat ein. Der Konflikt werde externalisiert und die Stadträte*innen ließen eine repräsentative Gruppe von Bürgerrinnen und Bürgern hierüber ringen. Dieses Vorgehen sorge für Legitimation. Der Antrag der CDU-Fraktion zeige, dass die Raumkonflikte aus politischen Erwägungen heraus nicht diskutiert werden sollten und dass vielmehr politische Absichten verfolgt würden. Die CDU-Fraktion wolle im Bürgerrat keine Diskussion über die Themen Klimaanpassung und Klimaresilienz zulassen. Die Formulierung der Fragestellung im CDU-Antrag sei aus Sicht von StR Ozasek jedoch nicht ungeeignet und könne durchaus übernommen werden. Allerdings dürfe der Aspekt der klimaangepassten und klimaresilienten Stadt nicht unbeachtet gelassen werden. Es bestehe ein äußerst ambitionierter Zeitplan für den Klimarat. Im Falle einer nicht expliziten Benennung dieses Themenfelds mache er sich große Sorgen, dass es nicht den nötigen Raum erhalte, so der Stadtrat. Er schlägt die Aufnahme einer Fragestellung zum Thema Klimaanpassung vor, welche jedoch nicht, wie von StR Rockenbauch vorgeschlagen, mit dem Thema Mobilität verknüpft sei, sondern dieses Thema als eigständigen gewichtigen Aspekt in der folgenden Art formuliere. "Wie sollen Straßenräume veränderten Klimabedingungen angepasst werden?". Dies sei eine einfache Fragestellung, die jedoch in ihrem Kern alle Aspekte beinhalte

und nicht den von StR Sakkaros dargestellten Konflikt "Parken versus Baum" mit in sich trage. Diese Formulierung solle als dritte Fragestellung in die Vorlage aufgenommen und dem Klimarat mitgegeben werden. StR Ozasek betont, Herr Wipfler habe die Vorlage sehr gut ausformuliert. Insbesondere das Thema Klimagerechtigkeit sei in den nachfolgenden spezialisierten Fragestellungen und in den Teilfragen sehr stark verwoben, was für die PULS-Fraktionsgemeinschaft ein sehr wichtiges politisches Anliegen darstelle.

Für StR Zaiß (FW) stellt sich die Frage, was geschieht, falls der Bürgerrat Klimarat völlig andere Anliegen verfolgt als der Gemeinderat und ob alle 60 Personen des Klimarats Experten seien. Ebenso sei fraglich, ob der Gemeinderat der Auffassung von den 60 zufällig ausgewählten Mitgliedern des Klimarats zustimme. Daher müsse die Frage gestellt werden, wie der Gemeinderat mit den Ergebnissen des Klimarats bei hierzu unterschiedlicher Auffassung umgehe. Es sei kurios und mutig, falls die gewählten Vertreter der Stadt 60 externen Personen entsprechende Entscheidungen überließe.

Es übe einen gewissen Druck auf den Gemeinderat aus, so StR Köhler (AfD), wenn in den Medien über die Vorstellungen des Klimarats berichtet werde. Zum einen werde diskutiert, ob im Bürgerrat konkrete Inhalte behandelt werden sollten. Zum anderen stelle sich die Frage, wie sich der Klimarat konkret zusammensetzen solle. Die Zusammensetzung des Gremiums sei repräsentativ so gut es möglich sei. Dennoch wolle er auf ein Problem eingehen, welches nicht wegzudiskutieren sei: Dies betreffe die sogenannte Selbstrekutierung. Es stelle eine höhere Hürde als bei der Teilnahme einer Wahl dar, im Bürgerrat Klima teilzunehmen. Daher bestehe eine Form der Teilnehmerauswahl allein bereits durch die Art der geforderten Tätigkeit. Die Auswahl setze keine gezwungene Teilnahme wie etwa beim Zensus und Mikrozensus voraus. Daher beteiligten sich die Teilnehmer über ihre Interessen an diesem Klimarat, was nicht verhindert werden könne. Wie bei allen Bürgerbeteiligungen bestehe generell das Problem, einen bestimmten Typus in das Gremium anzuziehen. Die Teilnehmer seien von ihrem politischen Zuschnitt her nach Auffassung des Stadtrats in einer bestimmten Richtung zu verorten. Dies stelle die Kalkulation dar, warum recht selbstbewusst von einer bestimmten Seite her bestimmte Fragestellungen auf eine bestimmte Art behandelt werden sollten, solange die Problematik nicht über Volksbefragungen behandelt werde. Ob die Gruppe der Jugendlichen stärker am Bürgerrat beteiligt werden sollten, könne diskutiert werden.

StRin Munk betont, es handle sich nicht um die erste Diskussion zu diesem Thema, was einen gewissen Sprengstoff beinhalte. Die Aufnahme des Themas Städtebaus in den Bürgerrat Klima sei deutlich in der Prosa der Vorlage formuliert. An diesen Fragen wolle ihre Fraktion keine Änderungen vornehmen. Vielmehr gehe es um eine Überschrift, bei der gemeinsam ein Nenner gefunden werden solle, dass die Fragestellung auf breiter Basis getragen werden könne. Daher müssten die Vorschläge abgestimmt werden. Die Stadträtin wiederholt ihren Formulierungsvorschlag. Das gemeinsame "Aufeinander zubewegen" sei hilfreich, einen breiten Konsens nach außen tragen zu können. Auf Seite 6 der Vorlage seien viele Aspekte sehr konkret aufgeführt.

Für die Verwaltung äußert Herr Körner (S/OB) seinen Dank für die wertschätzenden Rückmeldungen der Stadträtinnen und Stadträte. Ebenso spricht er seinen Dank an Herrn Kohlmeier und Herrn Wipfler für deren akribische Arbeit aus. In Bezug auf die Ausführungen von StRin Munk, StR Zaiß und StR Köhler betont Herr Körner, es sei das

erste Mal, mit diesem neuen Instrument der Demokratie in Stuttgart zu arbeiten. Dies sei wichtig und positiv, da es zu einer modernen und lebendigen Demokratie gut passe. Der Bürgerrat stelle den Versuch dar, die von StR Köhler in Frage gestellten Aspekte zu erreichen und eine breite Legitimation durch zahlreiche Rückmeldungen aus der gesamten Bürgerschaft zu erhalten. Dies solle insbesondere mit denjenigen Gruppen geschehen, die bei Beteiligungsveranstaltungen eher nicht eingebunden seien. Bei der Zusammensetzung des Bürgerrats gehe die ein oder andere Gruppe hervor, von der bekannt sei, dass sie ein Problem damit habe, an einer Bürgerbeteiligung an einem Werktag nachmittags oder abends teilzunehmen. Mit dem Bürgerrat werde der Versuch unternommen, 60 Personen aus Stuttgart zu finden, die die gesamte Breite der Stadtgesellschaft abbildeten. In diesen Aspekt setze die Verwaltung große Hoffnungen und verstehe die Wortbeiträge in der Art und Weise, dass das Gremium dieses Vorgehen unterstütze. In Bezug auf die von StRin Munk und StRin Schanbacher aufgeworfenen Frage, ob jüngere Gruppen stärker beteiligt werden sollten, da sie von der Thematik mehr betroffen seien, wolle die Verwaltung vor dieser Diskussion eher warnen. Beispielsweise habe sich ein anderer bereits bestehender Bürgerrat mit der Opersanierung befasst. Diese Beteiligung sei vom Land aus Sicht der Stadtverwaltung sehr gut durchgeführt worden. Falls jedoch in Bezug auf die Zusammensetzung dieses Bürgerrats die Frage gestellt worden wäre, welche Gruppe vor allen die Oper besuche und ob diese nicht stärker vertreten sein solle, halte dies die Verwaltung nicht für den richtigen Ansatz. Vielmehr solle der Bürgerrat die gesamte Breite der Stadtgesellschaft abbilden und nicht einen stärkeren Fokus auf die besonders betroffenen Gruppen setzen. Daher plädiere die Verwaltung dafür, die jetzige Zusammensetzung beizubehalten. Bezugnehmend auf die Änderungsvorschläge betont Herr Körner, er habe diese wie folgt aufgefasst: Während hinsichtlich der Beschlussantragsziffer 2a. ("Welche Schritte soll Stuttgart unternehmen, um eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen?") ein Konsens bestehe, solle die Beschlussziffer 2b. geändert werden. Hierbei liege ein relativ großer Konsens für folgende neue Formulierung vor: "Welche Schritte soll Stuttgart unternehmen, um eine klimaneutrale Mobilität zu erreichen?" Zudem könne eine zusätzliche Beschlussziffer 2c. mit folgender Formulierung aufgenommen werden: "Welche Auswirkungen hat die Mobilität auf den Straßenraum?" Alternativ könne dieser Satz unter Ziffer 2b. aufgenommen werden. Auf Vorschlag der Fraktion 90/GRÜNE würde Ziffer 2b. aus diesen beiden Sätzen bestehen: "Welche Schritte soll Stuttgart unternehmen, um eine klimaneutrale Mobilität zu erreichen? Welche Auswirkungen hat die Mobilität auf den Straßenraum?" In Bezug auf die weiteren Formulierungsvorschläge von StR Rockenbauch und StR Ozasek erkundigt sich Herr Körner, ob diese einen Knackpunkt darstellten. StRin Munk habe ausgeführt, auf Seite 6 der Vorlage sei dargestellt, welche Fragestellungen zur Diskussion gestellt würden. Mit Blick auf die Grundsätze und Regeln für das Beteiligungskonzept sei der Bürgerrat relativ frei. Daher messe er der Formulierung der Fragestellung nicht allzu viel Bedeutung bei, so Herr Körner. Er schlägt vor, den von ihm vorgetragenen Formulierungsvorschlag als weitest gehenden Antrag abzustimmen. In Bezug auf den Wortbeitrag von StR Zaiß, wie mit den Empfehlungen des Bürgerrats umgegangen werden solle, seien entsprechende dezidierte Beschreibungen im Beteiligungskonzept, in der Vorlage im Dezember letzten Jahres sowie in den Leitlinien aufgeführt worden. Auf Seite 3 des Beteiligungskonzepts (Anlage 1) sei wie folgt aufgeführt: "Die Abstimmungsphase des Bürgerrats selbst ist "nur" eine Entscheidung darüber, welche Empfehlungen Unterstützung finden und veröffentlicht werden. Danach gehen die Empfehlungen an den Gemeinderat Stuttgart, der die endgültige Entscheidung trifft." Es sei wichtig, dass der Bürgerrat diese Rahmenbedingen kenne und es gebe gute Gründe hierfür. Schließlich stelle es einen Unterschied dar, ob aufgrund einer Zufallsauswahl eine repräsentative Zusammensetzung einer Gruppe mit

60 Personen vorliege, oder ob durch eine freie allgemeine gleiche Wahl 60 Stadträtinnen und Stadträte gewählt worden seien, um schlussendlich zu entscheiden. Des Weiteren sei aufgeführt: "Der Gemeinderat, der die endgültige Entscheidung trifft und die Empfehlung entweder beschließt und umsetzen lässt oder aber begründet, warum das nicht passieren soll." Daher verpflichtete sich der Gemeinderat zur Aussage, falls keine Umsetzung der Empfehlung des Bürgerrats erfolge, werde hierzu eine Begründung erfolgen. Eine Entscheidung treffe allerdings allein der Gemeinderat, was aus Sicht der Verwaltung auch richtig sei.

Zusammenfassend schlägt Herr Körner folgende Abstimmungsformulierung vor: "StRin Munk schlägt vor, die Ziffer 2b. neu zu formulieren: Welche Schritte soll Stuttgart unternehmen, um eine klimaneutrale Mobilität zu erreichen? Welche Auswirkungen hat die Mobilität auf den Straßenraum?"

StR Rockenbauch betont in Bezug auf den Vorschlag von StR Ozasek, die Einbeziehung der Klimaanpassung stelle eine Bereicherung dar. Dieses Anliegen habe er mit seinem Formulierungsvorschlag "Welche Schritte soll Stuttgart unternehmen, um eine klimaneutrale und klimaangepasste Stadt im Bereich der Mobilität zu erreichen?" zum Ausdruck gebracht. Der Formulierung des zweiten Satzes widerspricht der Stadtrat, da seiner Auffassung nach der Straßenraum Folgen auf das Mobilitätsverhalten habe. Die vorgeschlagene Formulierung sei inhaltlich unpräzise, da die Mobilität nicht nur Folgen für den Straßenraum habe, sondern der Straßenraum ebenso Folgen für das Mobilitätsverhalten mit sich bringe. Falls der Satz lauten würde "Welche Auswirkungen hat die Mobilität auf die Gestaltung des Straßenraums?", wäre dies hinreichend präzise.

Der Ansatz von den Fraktionen 90/GRÜNE und der CDU in der Formulierung bestehe darin, so BM Thürnau, wie eine klimaneutrale oder klimaangepasste Mobilität in der Zukunft auszugestaltet sei. Da sich diese Mobilität von der heutigen unterscheidet, bringe dies Auswirkungen auf die Auswirkungen auf den Straßenraum mit sich. So ergebe sich beispielsweise das Szenario, dass zahlreiche Personen den ÖPNV nutzen und daher weniger Fahrzeuge vorhanden seien. Daher seien weniger breite Straßen und weniger Parkplätze nötig, und es könnten an dieser Stelle Bäume gepflanzt werden. Es stelle sich die Frage, von welcher Seite das Thema angegangen werde. Aus Sicht von BM Thürnau muss zunächst das Thema der zukünftigen klimaneutralen Mobilität betrachtet werden, welche Folgen auf die Gestaltung des Straßenraums habe. Nach Auffassung von StR Rockenbauch solle dagegen zunächst der Straßenraum umgestaltet werden und danach die Mobilität zur Umgestaltung gezwungen werden. So sollten die Parkplätze und die Fahrspuren entfernt werden und somit die Bürgerschaft in den ÖPNV gezwungen werden. Falls die Mobilität klimaneutral sein solle, könne dieses Ziel mit einem Verbrennermotor nicht erreicht werden. Das Gremium müsse sich nun entscheiden, welcher Weg als Fragestellung vorgegeben werden solle.

StR Ozasek erinnert daran, dass in Bezug auf den Hitzesommer mehrere teilweise interfraktionelle Anträge bestünden. In diesen sei sehr stark ein Fokus auf den Aspekt gelegt worden, wie die öffentlichen Räume angepasst werden müssten, damit sie lebenswert seien und die Menschen vor Hitzewellen geschützt werden könnten. Er appelliert, den Aspekt der Straßengestaltung als ein eigenständiges Thema zu begreifen, und nicht die Wechselwirkung ausschließlich mit der Mobilität herzustellen. Der vorgeschlagene Satz "Welche Auswirkungen hat die Mobilität auf die Gestaltung des Straßenraums?" sei eine deskriptive Fragestellung und daher nicht tauglich für den Bürgerrat

Klima. Die Bürger*innen sollten nicht die Straßenräume beschreiben, sondern sich mit diesen befassen.

Das große Problem in dem Gremium bestehe darin, so StR Dr. Vetter (CDU), dass einzelne Fraktionen die Ergebnisse des Bürgerrats bereits in die heutige Sitzung hineindefinieren wollten. Daher sei die zu Beginn der Diskussion bereits gezeigt Bereitschaft zu begrüßen, die Formulierungsvorschläge von der Fraktion 90/GRÜNE als Kompromiss in die Vorlage aufzunehmen. StR Dr. Vetter äußert den Wunsch nach einer Abstimmung des Formulierungsvorschlags von der Fraktion 90/GRÜNE. Die Erwartungshaltung der Stadträtinnen und Stadträte, die sich wöchentlich mit den entsprechenden Themen befassten, solle an den Bürgerrat nicht zu hoch sein. Es handle sich lediglich um Ideenansätze, Anregungen und Einzelmeinungen aus dem Bürgerrat, die gefiltert und zu einer Präsentation zusammengefügt würden. Die weitere Vorgehensweise werde dem Gemeinderat überlassen. Wie von StR Zaiß ausgeführt, könnten sich dabei durchaus Überraschungen ergeben.

StRin Munk betont, es solle ein breiter Konsens gefunden werden, damit ein deutliches und positives Signal nach außen abgegeben werde. Von ihrer Fraktion bestehe nun der Vorschlag, in die Formulierung des Kompromissvorschlags den Begriff der Klimaanpassung aufzunehmen: "Welche Auswirkungen haben klimaneutrale und klimaangepasste Mobilität auf den Straßenraum?" Es stelle sich die Frage, ob mit dieser Formulierung eine gemeinsam getragene Lösung gefunden werden könne. Nach kurzer Diskussion betont StRin Munk, der ursprünglich formulierte Kompromissvorschlag bleibe bestehen.

BM Thürnau stellt den von Herrn Körner verlesenen Änderungsantrag bezüglich der Beschlussantragsziffer 2b der GRDRs 708/2022 mit folgender Formulierung zur Abstimmung:

"Welche Schritte soll Stuttgart unternehmen, um eine klimaneutrale Mobilität zu erreichen? Welche Auswirkungen hat die Mobilität auf den Straßenraum?"

Hinsichtlich dieses Änderungsantrags stellt BM Thürnau stellt fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt stimmt dieser Formulierung bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Daraufhin stellt BM Thürnau den Beschlussantrag der Vorlage 708/2022 mit der obigen geänderten Formulierung der Beschlussantragsziffer 2b. zur Abstimmung und stellt fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt stimmt dem Beschlussantrag der GRDRs 708/2022 mit der Maßgabe, die Formulierung der Beschlussantragsziffer 2 b. wie folgt zu ändern:

"Welche Schritte soll Stuttgart unternehmen, um eine klimaneutrale Mobilität zu erreichen? Welche Auswirkungen hat die Mobilität auf den Straßenraum?"
bei 1 Gegenstimme mehrheitlich zu.

Für die weitere Beratung sagt BM Thürnau die Aufnahme der obigen geänderten Formulierung unter Beschlussziffer 2.b im Beschlussantrag der Vorlage GRDRs 708/2022 zu.

Zur Beurkundung

Haupt / th

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Strategische Planung
S/OB-Mobil
Klimaschutz
weg. VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Amt für Revision
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand